

WAHLKREIS-FORMAT

SONDERAUSGABE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Landespolitik für Nienburg, Schaumburg und Diepholz
vom SPD-Landtagsabgeordneten **Grant Hendrik Tonne**

www.ghtonne.de

Dezember 2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

es gilt aufrichtigen Dank zu sagen. Dank an die Kommunen, die Rettungsdienste, die Haupt- und zahlreichen Ehrenamtlichen, die sich das gesamte Jahr über mit beeindruckender Energie bei der Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingsströme engagiert haben. Ohne diese gemeinsame Zusammenarbeit wäre all das nicht möglich gewesen. Im Jahr 2016 wird sich entscheiden, ob auch die EU die Herausforderungen gemeinsam und solidarisch angeht und zu Lösungen bereit ist.

Das Land Niedersachsen hat durch eine enorme Kraftanstrengung Gelder in den Nachtragshaushalten 2015 und für den Haushalt 2016 bereitgestellt. Trotzdem werden wir die Schuldenbremse einhalten, wir setzen den Abbau der Neuverschuldung fort und investieren weiterhin in Bildung, Soziales, Wirtschaft und den ländlichen Raum. Wir werden die zu uns kommenden Flüchtlinge nach besten Kräften integrieren und dabei die weiteren Politikfelder nicht aus den Augen verlieren. Auch die Kommunen in Niedersachsen leisten eine herausragende Arbeit.

Bei aller Anstrengung ist aber auch klar: Es kann nicht einfach so weitergehen. Wir benötigen klare gesetzliche Grundlagen, strukturierte Abläufe und zügiges Handeln. Der Bund ist gefordert, diesen rechtlichen Rahmen umgehend bereitzustellen.

Und bei allem dürfen wir eines niemals vergessen: Die zu uns kommenden Flüchtlinge haben eine lange Reise hinter sich und häufig unfassbar Schlimmes erlebt. Eine humane Flüchtlingspolitik muss Grundlage unseres Handelns sein. Populistisches Getöse a la AfD, CSU, Klöckner müssen wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft entgegenstellen!

Nun aber sage ich auch persönlich recht herzlichen Dank für die gute und angenehme Zusammenarbeit im Jahr 2015. Frohe und schöne Weihnachten und einen guten Rutsch in das Jahr 2016.

Herzliche Grüße

Grant Hendrik Tonne



Bildquelle:

Die Flucht in ein besseres Leben

Millionen Menschen fliehen vor Not, Angst, Bürgerkrieg und Gewalt aus ihrer Heimat. Weltweit waren seit dem zweiten Weltkrieg nicht so viele Menschen auf der Flucht wie jetzt. Allein in Deutschland werden in diesem Jahr mehr als 1 Million Menschen erwartet. Vor allem aus den Krisenregionen in Afrika und dem Nahen Osten versuchen Viele, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Flüchtlingswelle der letzten Jahre stammen verstärkt aus Syrien, wo seit vier Jahren Bürgerkrieg herrscht. Das Assad Regime bekämpft die „gemäßigte“ und radikale Opposition sowie Aufständische, die von regionalen Mächten gegen das Regime unterstützt werden. Auch andere Staaten wie Russland sind in diesen Bürgerkrieg stark involviert und stärken dem aktuellen Regime den Rücken. In der Region herrscht regelrecht das Chaos. Von diesem Chaos profitieren Terrorgruppen wie der „Islamische Staat (IS)“ und versuchen ihren Einfluss in der Region mit aller Gewalt auszubreiten. Auf der einen Seite die skrupellose Diktatur, die versucht, die Kontrolle über die Region zurückzugewinnen und auf der anderen Seite Dschihadisten, die vom Staatszerfall profitieren – Leidtragender ist wie so häufig die Zivilbevölkerung.

Als einzigen Ausweg für die Menschen in den Krisengebieten bleibt die Flucht aus der Region in sichere Staaten. Viele der Flüchtlinge verlieren dabei ihr Leben. Trotzdem gehen sie dieses Risiko für einen Funken Hoffnung auf eine bessere Zukunft ein. Tatsache ist allerdings, dass Schlepperbanden die Not dieser Menschen gezielt ausnutzen, um ein profitables Geschäft daraus zu machen. So nimmt das Leid der Fluchtsuchenden häufig einen dramatischen Verlauf.

Die günstigste Route für die Menschen auf der Flucht waren bisher die Nachbarstaaten. Nun sind die Aufnahmelager dieser Länder über ihre Grenzen hinaus gewachsen, so dass die Umstände in diesen Zeltstädten immer prekärer werden. Die medizinische Versorgung stößt an ihre Grenzen, die Schulangebote können dem Zustrom an neu hinzukommenden Flüchtlingen nicht mehr gerecht werden.

Der Westen blieb relativ lange von den direkten Auswirkungen der Flüchtlingsbewegungen im Nahen Osten verschont. Ihren Beitrag leisteten europäische Länder, indem sie die Nachbarstaaten Türkei, Jordanien und Libanon, die aktuell über vier Millionen Flüchtlinge beherbergen, mit finanziellen Hilfen u.a. bei der Erstellung von Aufnahmelagern. Jedoch hat sich die Situation in den Gebieten dermaßen verschärft, so dass die gewährten Hilfen nicht ausreichen und der Westen durch den Flüchtlingsstrom unmittelbar in die Verantwortung genommen wird – politisch wie auch humanitär.

Auf der Suche nach neuen Aufnahmeländern zieht es die Meisten nach Deutschland. Wohlstand, Rechtsstaat, Marktwirtschaft, funktionierende repräsentative Demokratie und die Achtung der Menschenrechte sind Gründe, weshalb gerade Deutschland bei den fluchtsuchenden Menschen so

beliebt ist. Menschen mit guten Netzwerken im Westen, zieht es in erster Linie in diese Regionen, wo bereits familiäre Strukturen vorhanden sind. Dies vermittelt den Fluchtsuchenden ein besseres Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit. Viele Syrer, Iraker und Afghanen wollen daher primär nach Deutschland, was eben auch damit zu tun hat, dass viele ihrer Verwandten hier leben. Nach Angaben von Pro Asyl lebten Anfang 2015 bereits 150.000 Syrer, 100.000 Iraker und 85.000 Afghanen in Deutschland.

Allerdings bleibt es nicht bei der Flucht von Menschen aus diesen Ländern nach Europa. Auch Flüchtlinge aus dem Balkan wollen am westlichen Wohlstand partizipieren wie die politischen Flüchtlinge. So kamen in den vergangenen sieben Monaten auch zahlreiche Flüchtlinge vom Balkan, im Februar waren es z.B. viele Kosovo-Albaner. Kurz davor hatten sich in dem Land die beiden eigentlich tief verfeindeten großen Parteien zu einer Regierung zusammengefunden. Das werteten die Menschen als Zeichen, dass die politische Klasse das Land weiter ausbeuten wolle, statt die soziale Lage zu verbessern.

Maßnahmen der Europäischen Union

Das Engagement europäischer Staaten für Flüchtlinge erfolgt mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Weltbank. Während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die Arbeit dieser Organisationen mit erheblichen finanziellen Beiträgen unterstützt ist die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen die Koordination von Hilfsprogrammen für Flüchtlinge vor Ort. Die UN-Organisationen sollen sicherstellen, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Eine zentrale Rolle spielen dabei die UNO-Flüchtlingshilfe (UNHCR) sowie auch das Welternährungsprogramm (WEP), das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), das Kinderhilfswerk (UNICEF) und „UN Women Deutschland“ bei der Unterstützung von Flüchtlingen.

In der aktuellen Syrien-Krise schlagen die UN-Organisationen aber Alarm, weil ihre Programme dramatisch unterfinanziert und nicht einmal zur Hälfte gedeckt sind. Deshalb hat das BMZ im Jahr 2015 seine Zusagen an WEP, UNHCR und UNICEF auf 455 Millionen Euro aufgestockt, das sind 124 Millionen Euro mehr als 2014. Gleichzeitig sind aber auch andere internationale Geber aufgefordert, ihre Beiträge ebenfalls deutlich zu erhöhen. Die Zukunft der europäischen Union muss sich insbesondere bei der solidarischen Lösung der Flüchtlingsherausforderung beweisen. Die Lasten sind derzeit noch sehr ungleich verteilt.

Das Kinderhilfswerk UNICEF leistet seit Beginn der Krise in Syrien umfangreiche Nothilfe für die syrischen Kinder, die vom Bürgerkrieg betroffen sind oder mittlerweile als Flüchtlinge in den Nachbarländern leben. Im Jahr 2015 hat das BMZ seine Unterstützung für UNICEF im Kontext der Syrien-Krise um mehr als 60 Millionen Euro auf 171 Millionen Euro erhöht. Schwerpunkte sind die Bereiche Bildung, Wasserinfrastruktur und Hygiene.

Angesichts des anhaltenden Bürgerkriegs in Syrien hat UNICEF die Initiative "No lost generation" gestartet: Durch Bildungsangebote und psychosoziale Hilfe will sie verhindern, dass in Syrien und den Nachbarländern eine "verlorene Generation" heranwächst, die nur Krieg und Zerstörung erlebt hat und als Mittel zur Konfliktlösung nur Gewalt kennengelernt hat.

Das BMZ beteiligt sich auch an der "Solutions Alliance". Die internationale Initiative entwickelt Lösungen für Flüchtlinge in langanhaltenden Krisen. Unter dem Dach der "Solutions Alliance" kooperieren die betroffenen Staaten, Geberstaaten wie Deutschland, UN-Organisationen wie das Flüchtlingskommissariat (UNHCR) sowie Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.

Flüchtlingshilfe auf Landes- und kommunaler Ebene

Immer mehr Menschen aus den Krisengebieten suchen in Deutschland Zuflucht. Die Flüchtlingspolitik sei die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung, sind sich alle politischen Ebenen einig. Es ist nicht nur eine große Aufgabe für die Politik, sondern auch für alle Beteiligten, den Flüchtlingen Hilfe schnell und zuverlässig zukommen zu lassen. Dabei steht an erster Stelle eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten. Es ist erschreckend zu beobachten, dass Vertreter konservativer und rechter Parteien immer noch mit Scheinvorschlägen und Abschreckungen versuchen, die öffentliche Debatte zu dominieren. Weder Obergrenze noch Transitzone sind Wege, die einer ernsthaften politischen Diskussion standhalten. Sie sind überflüssig, inhuman und zudem rechtlich nicht umsetzbar.

Es ist unsere humanitäre Verantwortung, den Flüchtlingen eine würdige Unterbringung und Versorgung zu bieten. Länder und Kommunen müssen hier deutlich stärker in ihrer Arbeit unterstützt werden und bessere finanzielle Mittelausstattung erhalten, damit Flüchtlingen möglichst vom ersten Tag an eine menschenwürdige Unterbringung geboten werden kann.

Niedersachsen hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Menschen hier willkommen zu heißen und ihnen eine Perspektive zu geben. Angesichts des enormen Anstiegs der Zugangszahlen von Flüchtlingen hat das Land Niedersachsen die Landesaufnahmekapazität von 1700 im Jahr 2013 auf inzwischen mehr als 40.350 Plätze erweitert. Das geht nur, weil Behörden und Verbände sowie das Land Niedersachsen und seine Kommunen eng zusammenarbeiten und weil viele Ehrenamtliche im Land sich außerordentlich stark engagieren. Im Niedersächsischen Innenministerium arbeiten derzeit rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zwei Schichten im Koordinierungsstab unter Hochdruck daran, dass neue Unterkünfte für die Unterbringung der hier ankommenden Flüchtlinge bereit stehen. Allein im September 2015 wurden in 23

vorübergehenden Notunterkünften knapp 11.000 Plätze geschaffen, mit denen die Erstaufnahmeeinrichtungen entlastet wurden. Für diese Maßnahmen hat die Landesregierung die für die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen erforderlichen Mittel für die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge deutlich erhöht. Das gibt den notwendigen Spielraum, um gerade mit Blick auf den Winter schnellstmöglich zu Lösungen zu kommen und für winterfeste Unterkünfte sorgen zu können. Insgesamt sind allein im zweiten Nachtragshaushalt Mittel von rund 148 Millionen Euro vorgesehen. Für Neubaumaßnahmen der Landesaufnahmebehörde werden rund 30 Millionen Euro bereitgestellt. Innenminister Boris Pistorius hat bereits verkündet, dass neue Erstaufnahmeeinrichtungen eröffnet werden. Weitere 4 Millionen Euro fließen in die Sanierung und Herrichtung bisheriger und künftiger Standorte der Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Kommunen werden mit dem von Minister Peter-Jürgen Schneider eingebrachten und von den Regierungsfractionen in diesem Jahr beschlossenen Nachtragshaushalt finanziell stark entlastet. Die Kosten der Kommunen für die Flüchtlingsunterbringung werden auf durchschnittlich 10.000 Euro je Flüchtling pro Jahr geschätzt. Dabei beträgt der kommunale Eigenanteil etwa 7 bis max. 10 Prozent pro Flüchtling. Über die sogenannte Kopfpauschale hinaus wurden bereits im ersten Nachtragshaushalt 120 Millionen Euro als Soforthilfe aus Landes- und Bundesmitteln den Kommunen bereitgestellt. Eine weitere Entlastung kam mit dem zweiten Nachtragshaushalt durch eine vorzeitige Abschlagszahlung der eigentlich im Jahr 2016 nach dem Aufnahmegesetz zu zahlenden Kostenabgeltung von rund 177 Millionen Euro. Ministerpräsident Stephan Weil hat für Niedersachsen im Bund erfolgreich verhandelt.

Durch Beschluss des Flüchtlingsgipfels vom 24.

September wird der Bund einen wichtigen Beitrag leisten, indem er ab dem 1. Januar 2016 pro Asylbewerber 670 Euro erstattet. Diese Mittel werden vom Land Niedersachsen direkt an die Kommunen weitergeleitet.

Im aktuell beschlossenen niedersächsischen Haushaltsplan für 2016 sind entsprechend der großen Zahl von Flüchtlingen in Niedersachsen knapp 1,3 Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe eingeplant. 964 Millionen Euro - und damit den größten Teil des Geldes - erhält das zuständige Innenministerium. Davon werden 674 Millionen Euro an die Landesaufnahmebehörde weitergereicht, die mit dem Geld Erstaufnahmestellen und Notunterkünfte für Flüchtlinge finanziert, und 275 Millionen Euro an die Kommunen, die Flüchtlinge versorgen. Der Sozialetat erhält 144 Millionen Euro für die Hilfe von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Rund 55 Millionen Euro stehen für Sprachförderung in Kitas, Schulen und für die Erwachsenenbildung zur Verfügung.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die in der Verantwortung der Kommunen angesiedelt ist, ist die Integration der Flüchtlinge. Das heißt konkret, dass Flüchtlinge gezielt in die kommunalen Strukturen integriert werden, um so ihre aktive Teilhabe in der Gemeinschaft voranzubringen. Dazu zählen u.a. die Sprachförderung von Flüchtlingen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist der erste Schlüssel für eine erfolgreiche Teilhabe in der Aufnahmegesellschaft. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht und intensiviert. Insgesamt wird für diese Maßnahmen ein Finanzvolumen von 700 zusätzlichen Stellen auf den Weg gebracht. Dazu sollen die Sprachlernklassen von bisher 60 Klassen im Jahr 2013 auf mittlerweile 550 im Jahr 2015 und weiter im Jahr 2016 aufgestockt werden. Sprachförderkurse, Sprachförderunterricht, Sprachförderkonzepte und vorschulische Sprachförderung werden um insgesamt 7.500 Stunden, bzw. 250 Stellen aufgestockt. Damit reagiert das Kultusministerium auch auf die größer werdende Zahl an Flüchtlingen, die in Niedersachsen ankommen, untergebracht und betreut werden. 20 dieser Stellen sind allein für die

Erstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen vorgesehen. Zusätzliche pädagogische Fachkräfte werden an Ganztagschulen sein. Im Berufsvorbereitungsjahr (BVN) wird die Sprachförderung gestärkt. Dafür wurde im auslaufenden Jahr eine deutliche Mittelerrhöhung vorgenommen. Mit weiteren rund 100 zusätzlichen Stellen ermöglicht das Kultusministerium Schulpflichtigen wie Nichtschulpflichtigen über das Projekt „SPRINT“ (Sprache und Integration) einen Spracherwerb in Integrationskursen zu erhalten. Für die bereits erwachsenen Flüchtlinge stellt das Wissenschaftsministerium zukünftig ca. 6 Millionen Euro für Sprachkurse zur Verfügung. Die Landesregierung hat hierzu ein Förderprogramm erarbeitet; die Maßnahmen werden von den Einrichtungen der niedersächsischen Erwachsenenbildung durchgeführt. Unser Ziel ist es dabei, die Menschen möglichst schnell und gut für ihre Ausbildung, das Studium oder den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Neben Sprachfördermaßnahmen hat das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Jugend und Familie das Programm „Flüchtlingssozialarbeit“ aufgelegt, womit das Land Niedersachsen auch die soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen fördert, nachdem diese die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen haben oder direkt einer Kommune zugewiesen worden sind. Die Flüchtlingssozialarbeit bietet den zugewanderten Menschen eine Orientierungshilfe zum selbstständigen Leben in einer für sie fremden Umgebung und soll auch aufsuchenden Charakter haben. Eine Asylverfahrensberatung ist nicht Gegenstand der Förderung. Hinsichtlich der erforderlichen Qualifikationsmerkmale für die Personen, die diese Aufgabe wahrnehmen und der Höhe der Zuwendung gelten die Vorgaben der Richtlinie Integration. Auch das lässt ein Stück weit Normalität in das Leben der Menschen zurückkehren, die in der Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Freiheit zu uns gekommen sind.

1. Kommunen entlasten – 9.500 Euro ab 2016; 10.000 Euro ab 2017 pro Flüchtling als Pauschale vom Land.
2. Mehr Verantwortung für den Bund – die Bewältigung der Flüchtlingsherausforderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
3. Integration durch gute Bildung – Sprachlernklasse, Sprachförderunterricht und Erwachsenenbildung sind unabdingbar.
4. Integration auf dem Arbeitsmarkt – Wer eine hohe Bleibeperspektive hat, muss auch zügig Arbeit aufnehmen können. Der Bund ist gefordert.
5. Mehr sozialer Wohnungsbau für alle – 400 Mio. für den sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen.
6. An der Seite der Freiwilligen – Koordinierung der angebotenen Freiwilligenhilfe.
7. Legale Wege der Zuwanderung verbessern – Deutschland braucht endlich ein Einwanderungsgesetz.
8. Asylverfahren beschleunigen – Der Bund muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge endlich mit der ausreichenden Zahl an Mitarbeiter ausstatten. 6-9 Monate Wartezeit bis zur Auftragsstellung ist untragbar.
9. Europa muss als Gemeinschaft handeln – Alle Staaten der EU sind gefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.
10. Allianz gegen Fluchtursachen – Kriege, Unruhen und politische Instabilitäten müssen vor Ort angegangen werden. Gerechter und fairer Macht und Zusammenarbeit auf Augenhöhe werden benötigt.

Mitgliederehrung
der SPD Nien-
burg/Erlichshagen-
Wölpe



10. Klasse der
OBS Loccum zu
Besuch im Nie-
dersächsischen
Landtag



Zu Besuch beim
Bürgerbusverein
Rehburg-Loccum



Besuch der Fundus Kleiderhilfe in
Nienburg



Grant Hendrik Tonne

Mitglied im Niedersächsischen Landtag

www.ghtonne.de

**Wahlkreisbüro Nien-
burg/Weser**

Georgstraße 28

31582 Nienburg/Weser

Tel: 05021 / 38 66

Kontaktbüro Schaumburg

Obernstraße 18

31655 Stadthagen

Tel: 05721 / 99 53 670

Fax: 05721 / 99 53 672

E-Mail: schaum-

Kontaktbüro Diepholz

Bremer Straße 25

27211 Bassum

Tel: 0 42 41 / 44 03

Fax: 0 42 41 / 53 16

E-Mail:

diepholz@ghtonne.de